

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Draufschrift: Tagesblatt Rieser
Gesamt Nr. 22.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Rieser,
des Rendanten Rieser und des Hauptpostamts Reichen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postsekonto: Dresden 1539
Verkauf: Rieser Nr. 52.

Nr. 213.

Montag, 12. September 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Posthalter monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für den Erscheinen zu bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (7 Silben) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Text 1/2, Kufisch, Schmuck- und Bemerkungsgebühren 30 Pf. Keine Taxe. Bemerklicher Rabatt erteilt, wenn der Betrag vorläufig, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch gen. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Verantwortliche Unterhaltungsbeilage „Grübler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Anstalten oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Schöne. Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Brot- und Mehlversorgung im Erntejahr 1921/22 betr.

In Abänderung der Bekanntmachung des Kommunalverbands vom 9. vor. Mts., Brot- und Mehlversorgung im Erntejahr 1921/22 betr., wird folgendes bestimmt bzw. bekanntgegeben:

- 1) Vom 12. ds. Mts. ab gelangen außer den Reisbrotmarken auf je 4 Wochen gültige Brotmarken mit dem Ausdruck „Kommunalverband“ zur Ausgabe. Es werden 3 verschiedene Brotmarken und zwar über 4x1900 gr = 15 Pf., 100 gr. 4x3 = 12 Pfund und über 4x1 = 4 Pfund lautend ausgegeben.

Die Brotmarken über 4x1900 gr enthalten 4 Querschnitte zu je 4 Abschnitten, von denen 3 auf je 1 Pfund Roggenbrot oder 420 gr Weizenbrot oder 300 gr Mehl und 1 auf 400 gr Roggenbrot oder 240 gr Mehl lauten.

Die Querschnitte der übrigen Brotmarken lauten entsprechend dem Werte der Marken bei 12 Pfund auf 3 mal 1 je 1 Pfund Roggenbrot oder 420 gr Weizenbrot bei 4 Pfund auf 1 mal 1 oder 300 gr Mehl.

Die einzelnen Abschnitte der Brotmarken haben durchlaufende Gültigkeit für alle 4 Wochen jeder Brotmarkenreihe.

- 2) Der Preis für 420 gr Weizenbrot ist bis auf Weiteres auf 1.50 Mk. festgesetzt worden.
- 3) Schwerk- und Schwerstarbeiterzulagen dürfen in Zukunft nicht mehr gewährt werden.
- 4) Zuwiderhandlungen werden auf Grund von Abschnitt IX der Bekanntmachung des Kommunalverbands vom 9. August 1921 bestraft. Großenhain, am 10. September 1921. 1201 bl.

Der Kommunalverband.
Donnerstag, den 15. September 1921, vorm. 11 Uhr sollen im Gasthof zu Forenskirch größere Mengen Schokolade- und Zuckerwaren im Schätzungswerte von 700 Mk. meistbietend versteigert werden.
Der Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht Rieser.

Tagung des Verbandes Sächsischer Gewerbe- und Handwerker-Vereine.

Am 10. und 11. September fand hier der 28. Verbandstag des Verbandes Sächs. Gewerbe- und Handwerkervereine statt. Die Tagung begann mit einer internen Vertreterversammlung im Hotel Bettiner Hof nachmittags 1/2 5 Uhr. In ihr erfolgte zunächst die Wahl des Herrn Gewerbe-Oberinspektors Krause-Jittau zum 2. u. des Herrn Seilermeister Bergmann-Rieser zum 3. Vorsitzenden. Weiter erfolgte die Wahl der Schriftführer, Rechnungsprüfer und einer Kommission zur Wahl des künftigen Vor- und Versammlungsortes. Bei Beratung der eingegangenen Anträge wurde beschlossen, den Verbandsbeitrag von 10 auf 30 Pf. pro Mitglied und Jahr zu erhöhen. Der Erhöhung des Beitrages zu den Verwaltungskosten der Preussler-Stiftung auf 100 M wurde zugestimmt, dabei jedoch der Vorbehalt dem Verbandsauswärtigen zu vorbehalten. Die Beschlüsse der Tagung wurden mit der weiteren Erleuchtung übergeben, die Bettiner mit der Präsidentenwahl zu vereinigen. Ausführliche Ansprachen veranlaßten die Anträge, die sich auf die Vertretung von Handwerk, Gewerbe und Kleinhandel unter dem Gesichtspunkte der heutigen wirtschaftlichen Lage bezogen. Der vorliegende Entwurf neuer Satzungen wurde gutgeheißen, einige Verbandsfragen noch erledigt und schließlich die Reihenfolge der Verhandlungsgegenstände für die Hauptversammlung festgelegt. Die Beratungen währten bis nach 9 Uhr, sodas der Schluß im Hotel Hüpfner auch nach Beginn des Begrüßungsabends

noch lange verwaist blieb. Der Begrüßungsabend hatte sich eines sehr zahlreichen Besuches zu erfreuen. Dem Saal des Hotel Hüpfner hatten Herbstblumen, die die Tische zierten, und zahlreiche vor der Bühne und im Saale aufgestellte Blattschmucke ein festliches Aussehen gegeben. Die Kapelle des Herrn Obermusikmeisters Himmler eröffnete den Abend mit einem Marsch von Blon, dem sie die Fest-Invokavit von Kling folgen ließ. Der Männergesangsverein „Amphion“ sang unter Leitung des Herrn Oberlehrers Schönebaum Mozarts „Bundeslied“ und aus dem Finale der Jubelweise „Hail, Prangi, den Morgen zu verkünden“. Anwesende hatten die Teilnehmer an der Tagung sich eingeladen und Herr Seilermeister Bergmann konnte ihnen, sowie Herrn Bürgermeister Dr. Scheider und allen Erschienenen namens des Gewerbevereins den Willkommengruß entbieten. Dem Gesangsverein „Amphion“ dankte er, daß er sich in den Dienst des Abends gestellt. Namens der Stadt blieb Herr Bürgermeister Dr. Scheider die auswärtigen Vertreter willkommen und dankte für die Wahl unserer Stadt als Tagungsort. Die Annehmlichkeiten der Großstadt und landschaftliche Schönheiten könne unsere Stadt zwar nicht bieten, auch auf den Vorzug, daß Rieser gute Zugverbindungen habe, die erwidern, daß man bald wieder fortwolle, wolle er in diesem Falle keinen Wert legen, sondern den auswärtigen Gästen namens der Bürgerschaft zum Ausdruck bringen, daß sie sich freuen, die Vertreter in unserer Stadt begrüßen zu können. Aus diesem Gefühl heraus wünsche er der Tagung ein gutes Gelingen und hoffe, daß die Teilnehmer gern an die hier verlebten Stunden zurückdenken werden. Herr Syndikus Gehard-Jittau dankte für die Begrüßungsworte. Der in Rieser heimliche Gewerbesteuervertrag habe das Fehlen der landschaftlichen Schönheiten vollständig abgeleitet. Es hätten sich daher viele Vertreter vorgenommen, recht lange in Rieser zu bleiben. Namens aller Vertreter dankte er für die gastfreundliche Aufnahme. Den Ansprachen folgte noch eine Reihe weiterer Vorträge der Kapelle und des „Amphion“. Hillers „Ein deutscher Melodienkranz“ und die Nieder für Männerchor „Wenn zwei sich gut sind“ und „Die lustigen Musikanten“ sprachen ganz besonders an. Den Schluß des offiziellen Teils des Begrüßungsabends bildete die Aufführung des einaktigen Lustspiels „Schelmenkreische“. Das gewandte und flotte Spiel der Mitwirkenden brachte den Humor des Stückes voll zur Geltung. Es wurde im Saal herzlich gelacht und am Schluß der Aufführung mit Beifall für die Spieler nicht geklagt. Mitternacht war vorüber, als die wohlbelungene Feier ihr Ende erreichte. Am Sonntag fand von vormittags 10 Uhr ab im Hotel Hüpfner die

Hauptversammlung

Hauptversammlung. Am Sonntag fand von vormittags 10 Uhr ab im Hotel Hüpfner die Hauptversammlung. Zunächst begrüßte der erste Vorsitzende des Verbandes, Herr Syndikus Dr. Gehard, Jittau die Verbandsvorstände und die Ehrengäste, insbesondere Herrn Bürgermeister Dr. Scheider, die Vertreter der Gewerbe- und Handelskammern Sachsens, den Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen, die Vertreter anderer gewerblicher Verbände, sowie die erschienenen Landesabgeordneten und die Vortragenden. Dem Vorstand des Gewerbevereins Rieser dankte er für die geleisteten Vorarbeiten. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erwiderte in seiner Begrüßungsansprache darauf, daß in unserer Stadt weit-

teste Kreise und auch die Stadtverwaltung getragen seien von der Ueberzeugung, daß ein gutes Handwerk und Gewerbe zum Wohle von Volk und Vaterland eine unbedingte Notwendigkeit sei. Hier in Rieser hätten sich insofern der Begegnung der Garnison auch für das Handwerk und Gewerbe die Verhältnisse vollständig umgekehrt. Es werde nach Mitteln und Wegen gesucht werden müssen, um die Nachteile auszugleichen und dem Handwerk wieder aufzuhelfen. Redner schloß mit den besten Wünschen für den Verlauf der Tagung. Weitere Begrüßungsansprachen hielten der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen, Herr Gewerbe-Rat Niederbühl-Nahat, sowie die Herren Vertreter der Handels- und Gewerbestammern. Nachdem der Vorsitzende für die der Tagung ausgesprochenen Wünsche gedankt hatte, wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Der vom Verbands-Schriftführer, Herrn Obersekretär Wilmann, Jittau, vorgelegene Geschäftsbericht führte zur Frage der achtstündigen Arbeitszeit u. a. aus, daß von einer gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit abgesehen werden müsse. Die Schulstunden der Lehrlinge dürften keinesfalls in die Arbeitszeit eingerechnet werden. Anräumungsarbeiten müßten die Lehrlinge außerhalb der Arbeitszeit vornehmen. Erfreulicherweise seien in dem Gesetz über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter Bestimmungen vorgesehen, die die immer mehr zu sich greifende sogenannte Pufferarbeit verbieten. Die achtstündige Arbeitszeit dürfe nicht dazu benutzt werden, dem Handwerks- und Gewerbe Konkurrenz zu machen. Der Jahresbericht beschäftigte sich ferner mit den Fragen der Neugestaltung der beruflichen Organisationen des Handwerks und Gewerbes und der Gründung eigener Gewerkschaften. Der Verbandsauswärtige hat seine volle Sympathie mit den Zwecken und Zielen der Wirtschaftspartei erklärt. Die soziale Fürsorge für den gewerblichen Mittelstand werde hauptsächlich den Ausbau der bestehenden Leistungsfähigkeit der Rassen zur Berechtigung oder Wahrung der durch Krankheit, Arbeitsunfähigkeit, Alter und Tod hervorgerufenen Not umfassen müssen. Die Schaffung von Erholungsheimen für den gewerblichen Mittelstand gehöre hierher. Die Bildung einer Arbeitergemeinschaft zwischen den Landesverbänden deutscher Gewerbevereine und den Handwerks- und Gewerbestämmern ist vom Verband beivortwortet worden. Der Verband ist dafür eingetreten, daß das Geschäftswesen dem Wirtschaftsministerium unterstellt wird und daß in dem Handelsauswärtigen für die Gewerbestellen Sachsens, den das Wirtschaftsministerium zu bilden beabsichtigt, auch ein Vertreter des Verbandes entsandt wird. Zum Entwurf eines Gewerkegesetzes ist beantragt worden, daß auf Erwerb gerichtete Unternehmungen des Staates und der Gemeinden, wenn sie einen privatwirtschaftlichen Charakter tragen, ebenfalls als steuerpflichtig erklärt werden. Bezüglich der Bekräftigung des Vermögenszuwachses ist beantragt worden, daß ein jährlich schwebendes Einkommensteuerfrei bleibt. Eine Erhöhung der steuerfreien Grenze sei notwendig. Zur Umfassung der anhöher der Geschäftstätigkeit, daß sie die Grenze der Tragfähigkeit nicht überschreiten dürfe. Die für Handel und Wandel einschlägliche Luxussteuer müsse beseitigt werden. Entschieden sei gegen die 10prozentige Kleinhandelssteuer zu erheben. Der Geschäftsbericht erwähnt sodann noch einiges aus dem inneren Geschäftsgang, daraus war zu ersehen, daß in dem Verbands insgesamt 155 Vereine zusammengeschlossen sind.

Es folgte nun der Kassensbericht, den der Verbandskassierer Bankbuchhalter Eger, Jittau, erstattete. Die Rechnung auf die Zeit vom 1. Juli 1919 bis 30. Juni 1921 schließt in Einnahme und Ausgabe mit einem Betrage von 75 894,63 Mk. ab und weist einen Kassensbestand von 1256,02 Mk. nach. Der Grundstock für Erholungszwecke weist einen Vermögensbestand von 4035,50 Mk. auf. Die Rechnungsprüfer haben die Kassensführung in Ordnung gefunden und lauten um Entlastung des Kassierers. Die Hauptversammlung sprach sich darauf einstimmig für die Entlastung des Kassierers aus. Die nunmehr erstatteten Rechnungsberichte über die Verbandsleistungen ergaben folgendes Bild: Die Wittin-Stiftung verzeichnete an Einnahmen 2233,27 Mk. und an Ausgaben 2073,05 Mk., sodas ein Kassensbestand von 160,22 Mk. vorhanden ist. Herr Post. Bandagist Wenig, Dresden, empfahl, den Stiftungsfonds mit der Zeit etwas zu erhöhen. An die Brudervereine richtete er die Bitte der gebliebenen Unterstützung. Der Vermögensbestand der Preussler-Stiftung beträgt 10 149,19 Mk. Herr Jöbler, Großenhain, bat auch für die Preussler-Stiftung um Unterstützung.

Herr Syndikus Dr. Gehard, Jittau, nahm hierauf das Wort zu seinem Vortrage über Berufsvertretung des Handwerks und Gewerbes. Er führte u. a. aus, daß be-

reits das Gesetz vom 26. Juli 1897 anerkannt habe, daß die Berufsvertretung des Handwerks eine doppelte Aufgabe zu erfüllen habe. Sie müsse einmal die Vertretung der sachlichen Interessen der einzelnen Handwerksberufe ermöglichen, andererseits müsse sie den berufskundlichen Zusammenhang zwischen den an sich unabhängig nebeneinander bestehenden Berufsgruppen herstellen. Entsprechend dieser zweifachen Art ihrer Aufgaben sei auch für die Zukunft die Berufsvertretung des Handwerks aufzubauen. Der sachliche Gliederung entspreche die vertikale Aufbau, beginnend mit dem sachlichen Zusammenschluß der einzelnen Betriebe des gleichen Berufszweiges zur örtlichen Vereinigungsgemeinschaft (Innung), durchgeführt bis zum zentralen Fachverband für das ganze Reich. Der berufskundlichen Zusammenfassung entspreche die horizontale Gliederung durch Zusammenschluß der einzelnen Handwerksberufe innerhalb bestimmter Verwaltungs- und Wirtschaftsgebiete zu gemeinschaftlichen Berufsvertretungen, den Handwerks- und Gewerbestämmern. Damit sei das Gerippe für den neuen Aufbau der Organisation des Handwerks und Gewerbes gekennzeichnet, wie ihn der vom Reichsverband des Deutschen Handwerks aufgestellte Entwurf vorschlägt. Aus den weiteren Ausführungen des Redners sei noch herausgegriffen: Es wird in Zukunft keine freie und Zwangsinnung mehr geben, sondern nur noch eine Art Innung, die obligatorische Pflichtinnung, die aber den Namen Pflicht-Innung nicht führt, da eine Unterscheidung nicht mehr notwendig ist. Ebenso wichtig ist die Bildung von Landesfachverbänden und Reichsfachverbänden zu erfolgen. Die amtlichen Vertretungen des Handwerks und Gewerbes sollen auch für die Zukunft die Handwerks- und Gewerbestämmern bleiben. Neben den genannten pflichtmäßigen Organisationen ist auch noch die Errichtung freiwilliger Organisationen für Handwerk und Gewerbe vorgesehen. Es können sich die Innungen eines größeren Ortes oder Bezirks freiwillig fortentwickelt organisieren (Innungsaussschüsse, Landesaussschüsse). Ferner ist in dem Entwurf des Reichsverbandes das Bestehen der Gewerbevereine und Handwerkervereine ebenfalls ausdrücklich anerkannt worden. Diesen Vereinigungen können die Aufgaben der Innungsaussschüsse übertragen werden. Der Aufgabenkreis der Gewerbe- und Handwerkervereine ist jedoch so scharf umrissen und begrenzt, daß eine etwa zu befürchtende Konkurrenz mit den Aufgaben der Innungen und Fachverbände ausgeschlossen ist. Zu diesen Aufgaben der Gewerbevereine und Handwerkervereine sind u. a. zu rechnen:

- den örtlichen Zusammenschluß von Handwerk, Gewerbe und Kleinhandel,
- die Veranstaltung allgemeinbildender und technischer Vorträge,
- die Veranstaltung von Ausflügen und Besuchen industrieller Unternehmungen,
- die Veranstaltung von Gesellenkür-Ausstellungen und Ausstellungen von Lehrjahrsarbeiten,
- die Veranstaltung von Gewerbe-Ausstellungen und Messen,
- die Unterstützung gewerblicher Schulen, überhaupt die Förderung des gewerblichen Schulwesens,
- die Unterstützung sozialer Fürsorgeeinrichtungen für Handwerk und Gewerbe.

Die Aufzählung dieser Aufgaben ist natürlich nicht vollständig, sie soll nur ein Bild der gegenständlichen Tätigkeit der Gewerbe- und Handwerkervereine geben. Wie sich die Fachinnungen zu Landesverbänden zusammenschließen, so steht es natürlich auch den Gewerbe- und Handwerkervereinen frei, sich in Landesverbände zusammenschließen. Die Gewerbe- und Handwerkervereine Sachsens haben dies bereits in unserem Verband Sächsischer Gewerbe- und Handwerkervereine getan, der wiederum dem Verbands der Deutschen Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen, der seinen Sitz in Rastatt hat, angeschlossen ist. Die Handwerks- und Gewerbestämmern eines Landes oder eines Landes- teiles oder von Ländern und Landesteilen können mit den beteiligten Landesfachverbänden, den Verbänden von Gewerbe- und Handwerkervereinigungen und den denonoffiziellen Revisionsverbänden des Gewerbes zu einem Landes-, Gewerbe- und Gewerbetag zusammenzutreten. Die Krönung schließlich der ganzen Berufsorganisation von Handwerk und Gewerbe findet sich am Reichsverband des Deutschen Handwerks, der vielleicht in der Zukunft den Namen Reichs-Handwerks- und Gewerbetag führen wird. In diesem Reichs-Handwerks- und Gewerbetag sollen sich vereinigen: die deutschen Handwerks- und Gewerbestämmern, die Reichsfachverbände, der Verband Deutscher Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen, der Deutsche Gewerkschaftsverband und sonstige Verbände, die zur Ausnahme geeignet erscheinen.

Nach diesem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage sprach Herr Handelsbuchhalter a. D. Edmund Gerlich, Jittau über Buchführung und Steuertrauen (Gewerbesteuerertrag usw.). Er wies zunächst

Das eine geordnete Buchführung im eigenen Interesse des Handwerkers liegt. Sie komme ihm unter anderem bei der Kreditbeschaffung und bei der Berechnung seiner Erzeugnisse zu nützen. Auch das Gesetz verpflichte aus steuerlichen Gründen den Handwerker Buch zu führen. Das Umsatzsteuergesetz habe eine Aufzeichnungspflicht geschaffen und es müsse eine geordnete Aufzeichnung sein. Die Finanzämter und Finanzbehörden werden in Zukunft sogar Strafen ausprechen können für diejenigen, die sich dieser Aufzeichnungspflicht entziehen. Die Buchführung sei der einzige Schutz, sich gegen übermäßige Besteuerung zu schützen. Die Finanzämter würden sich streng daran halten, daß bei Reklamationen als Beweismittel nur geordnete Bücher gelten können. Die Umsatzsteuer mache es notwendig, Bücher und Aufzeichnungen darüber zu führen, was umgelegt worden ist und was steuerpflichtig ist. Auch für die umfangreichen Erklärungen zur Vermögenssteuer werde klargestellt werden müssen, wie die Vermögenslage sei. Eine geordnete Buchführung sei auch da nötig. Es genüge nicht, wenn man Einnahmen und Ausgaben aufzeichne. Jeder Geschäftsmann müsse alljährlich einmal Inventur machen. Das Gesetz für eine Gewerbesteuer sei in Vorbereitung. Als Maßstab werde das Betriebskapital zu Grunde gelegt. Es würden, um ein Beispiel anzuführen, von 100 000 Mk. Betriebskapital über 500 Mk. Gewerbesteuer zu entrichten sein außerdem 2 Prozent von der Höhe des Ertrages, 5 Mk. für jede als Hilfskraft im Betriebe tätige Person, sowie 5 Prozent des Mietwertes der benutzten Räume. Von höheren Einkünften als 50 000 Mk. sollen noch höher gestaffelte Abgaben erhoben werden, insbesondere dann, wenn der Ertrag höher als 20 Prozent des Betriebskapitals ist. Die Gewerbesteuer sei eine Steuer, die das Geschäft zu tragen habe. Die Höhe des Umsatzes müsse aufgezählt werden. Buchführung sei die ordnungsmäßige Aufzeichnung des Vermögens und die Veränderung am Vermögen, soweit es dem Geschäft diene. Der Stand des Unternehmers zu seinen Geschäftsfreunden, sein Guthaben und seine Schulden, müßten aus der Buchführung zu ersehen sein. Es müsse aufgeführt werden, welche Einnahmen umsatzsteuerpflichtig seien und welche nicht, was für private und was für geschäftliche Zwecke verausgabt worden sei. Redner empfiehlt eine geordnete Buchführung der Gewerbesteuern, mit der glänzenden Erfolgs erzielt worden seien. Eine gewisse Einseitigkeit in der Buchführung sei vorzuziehen. Redner schloß mit dem Wunsch, daß seine Ausführungen dazu beitragen möchten, daß in den Vereinen das Thema der Buchführung eingehend erörtert werde. — Die A u s s p r a c h e ergab, daß es notwendig ist, die Interessenten einseitlich zu beraten. Die Frage soll im Verbandsauschuß weiter erörtert werden.

In seinem Vortrage über Soziale Fürsorge für Handwerker und Gewerbe erinnerte Herr Stadtrat Dr. Schimmel-Glauchau zunächst an den Werdegang der sozialen Gesetzgebung. Die deutsche Sozialpolitik sei das letzte Bindemittel der deutschen Stämme geworden. Das Gesetzwerk hat sich aber nur auf die Arbeitnehmer beschränkt. Die Stellungnahme der beteiligten Kreise selbst trug hierzu wenig bei. In einem großen Teile des selbständigen Mittelstandes sei aber schon vor 1914 ein Bedürfnis nach Sozialversicherung vorhanden gewesen. Nur die Privatversicherung bot dem Mittelstand eine Versicherungsmöglichkeit, wobei es sich ergab, daß von unsicheren Versicherungsgesellschaften dem selbständigen Mittelstand viel Geld abgenommen wurde. Heute kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Frage der sozialen Fürsorge für den selbständigen Mittelstand in irgend einer Form gelöst werden muß. Als die naheliegendste Form erweise der Anschluß an die Ortskrankenkassen. Eine solche Regelung würde aber nicht nur eine unglückliche für die Handwerker sein, sondern auch für die Arbeiterschaft und die Ortskrankenkassen selbst sehr ungünstig wirken. Sollte man nun den Weg wählen, der bei der Angestelltenversicherung beschritten worden ist? Die bei dieser gewählte schärfste Zentralisation sei abzulehnen. Neue Wege seien zu beschreiten. Es müßten soziale Einrichtungen nach Art der vom gewerblichen Mittelstand in Sachsen, Baden und Hamburg geschaffenen Kassen getroffen werden. Redner besprach eingehend die von gewerblichen Mittelstand in Sachsen begründete und von den Gewerbestämmen unterstützte Versicherungsanstalt der Sächs. Gewerbestämmen. Mit dieser Einrichtung sei eine ständige organisatorische Leistung gelungen. 50 000 selbständige Handwerker seien in dieser Anstalt vereinigt und es seien außerordentliche Leistungen auf dem Gebiete der Krankenfürsorge erzielt worden. Redner kam zu dem Schlusse, daß die in deutschen Reiches arbeitenden großen Versicherungskassen für den selbständigen Mittelstand zwar noch ausbaufähig seien, aber doch einen großen Fortschritt auf dem Wege der sozialen Fürsorge für Handwerk und Gewerbe bedeuteten. In der A u s s p r a c h e schilderte der Vorsitzende des Reichsverbandes kurz, was für Einrichtungen in Baden geschaffen worden sind. Diese müßten in jedem einzelnen Lande angekrebt werden.

Ueber die Frage der Unterstellung des gewerblichen Schulwesens unter das Wirtschaftsministerium sprach Herr Gewerbe-Oberstudienrat Wüller, Glauchau. Er führte aus, daß Ende Juni sich die höchsten Regierungsstellen mit dieser Frage beschäftigt haben, aber es sei eine Weisheit weder für das Kultus- noch für das Wirtschaftsministerium erzielt worden. Man habe daher die Entscheidung über diese Frage vertagt. Die Folgen müßten draußen die Bildungsanstalten tragen. Es müsse deshalb die Unterstellung der gewerblichen Schulen unter das Wirtschaftsministerium erneut dringend gefordert werden. Es lange jetzt auch in allen beteiligten Kreisen an zu dämmern. In Weidau habe eine große Versammlung von gewerblichen Schulmännern und Gewerkschaftsvertretern stattgefunden, die einmütig sich dahin ausgesprochen habe, daß die gewerblichen Schulen beim Wirtschaftsministerium bleiben. Redner legte folgende Wünsche dar, die einstimmig angenommen wurden:

Der Landesverband sächsischer Gewerbe- und Handwerkervereine erblickt in der jüngsten und lächerlichen Fühlungsnahme zwischen Wirtschaft und schulischer Ausbildung des gesamten Nachwuchses des deutschen Wirtschaftslebens eine der wichtigsten und tatkräftigsten Fördermaßnahmen des heimischen Gewerbes. Darum erweist die Unterstellung des gesamten beruflichen Bildungswesens, von der einfachsten ländlichen Fortbildungsschule und der kleinen Gewerkschule bis zu den höchsten beruflichen Bildungsstätten, unter das Ministerium unerlässlich, zu dessen Bereich die Förderung des wirtschaftlichen Seite unseres Volkslebens gehört. Dies ist im Freistaate Sachsen das Wirtschaftsministerium. Aus diesem Grunde fordert der 28. Verbandstag des Landesverbandes sächsischer Gewerbe- und Handwerkervereine die Unterstellung aller Berufsschulen des Landes unter das Wirtschaftsministerium.

Schließlich sprach noch Herr Dr. Deimuth, Dresden, über die Technische Nothilfe. Er schilderte das Einsetzen der Technischen Nothilfe beim Landarbeitertreue im Landbezirk Leipzig und ging sodann auf die Wünsche der Technischen Nothilfe ein. Ein ausgebautes Netz von Ortsgruppen sei im unbefestigten Gebiet des Deutschen Reiches vorhanden. Redner bat die Versammlungsteilnehmer, sich der Sache persönlich anzunehmen. Folgende Entschliessung wurde einstimmig angenommen: „Nach der Verband der Handwerker- und Gewerbevereine Sachsens anerkennend in tendierender Richtung, daß der 28. Verbandstag unter der Leitung der Landesvereine der Handwerker- und Gewerbevereine Sachsens eine parteipolitisch neutrale Technische Nothilfe beim Reichsministerium des

Innern zur Zeit noch unbenutzt ist. Um wirksamen Nutzen zu erzielen, ist es notwendig, die vorhandene Wirkung der Technischen Nothilfe; selbst liegt vor aller Augen. Deshalb wird jedem einzelnen Angehörigen auch der Handwerker- und Gewerbevereine Sachsens der Erwerb der persönlichen Mitgliedschaft bei der Technischen Nothilfe als Pflicht für jeden wahren Vaterlandsfreund dringend empfohlen; die Mitgliedschaft ist kostenlos. Das Vaterland braucht tätige insbesondere technisch vorgebildete Helfer aus allen Kreisen. „Dereit liegt es alles!“ — Ortsgruppenleiter für Meisa ist Herr Gewerbedirektor Junge, Wettinert.

Als Verbandsvorsitz wurde Rittau wiedergewählt und ferner beschlossen, den nächsten Verbandstag in Borna abzuhalten. Der Antrag, daß dem Verbandsauschuß nicht mehr 15, sondern nur 12 Vereine angehören sollen, wurde angenommen.

Der Verbandstag hatte damit 1/8 Uhr sein Ende erreicht. Ein gemeinsames Mittagmahl im Hotel Höpfer und die Feier des 78. Stiftungsfestes des Gewerbevereins Meisa beschlossen die Tagung.

Derliches und Sächsisches.

Meisa, den 12. September 1921.

— * Öffentliche Sitzung des Stadterordneten-Kollegiums zu Meisa am Dienstag, den 12. September 1921, abends 8 Uhr im Festsaal der Oberrealschule. 1. Anlegung zweier Brunnen beim südlichen Bahnhofsplatz (Berichteratter Herr Stadt. Schneider). 2. Ratsschluß, die Zahlung des erhöhten Ausgleichsbeitrags betr. (Berichteratter Herr Stadt. Romberg). 3. Ratsschluß, betr. Vorschauzahlung an die städtischen Rückgehaltsempfänger. 4. Abänderung des 1. Nachtrags zum Ortsgesetz über die Wahl der unbesoldeten Ratssmitglieder (Berichteratter Herr Vizepräsident Peter). 5. Abänderung betr. den Grundstücksverkauf an die Firma Kändler betr. 6. Einlegung der Gas- und Wasserleitung nach den von der Eisenbahngesellschaft zu errichtenden Häusern (Berichteratter Herr Stadt. Schumann). 7. Mitteltungen. Nichtöffentliche Sitzung.

— * Metallarbeiterstreik. Die uns aus Dresden gemeldet wird, hat der Deutsche Metallarbeiterverband in Dresden nach einer Erklärung der Industriellen über den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses hinaus, keine Forderungen zu bewilligen, beschlossen, in einen Teilstreik zu treten. Im Zusammenhang mit diesem Streik steht aufschneidend auch der heute im Martiniwerk des Eisenwerks Meisa ausgebrochene Streik. Dieser Streik ist ebenfalls von der Dresdener Tarifkommission des Deutschen Metallarbeiterverbandes angeordnet und von einem kleinen Teil der Belegschaft des Eisenwerkes, etwa 200 Mann, nach Abstimmung beschlossen worden. Nur noch die Belegschaft des Maschinenwerkes hat über den Streik ebenfalls abgestimmt, diesen aber abgelehnt, so daß also von dem zur Abstimmung gelangenen Teil der Belegschaft mehr Leute gegen den Streik gestimmt haben als für die Arbeitsniederlegung. Der weitest größte Teil der Belegschaft hat seiner Ansicht für oder gegen den Streik, dessen Folgen doch die Gesamtbetriebschaft zu tragen hat, in einer Abstimmung nicht Ausdruck geben können. Die Belegschaft des Maschinenwerkes ist in den Streik eingetreten, ohne daß vorher Verhandlungen mit der Direktion stattgefunden hätten. Da der Streik im Martiniwerk die Fortführung des Betriebes unmöglich macht, mußte heute nachmittags die Einstellung des gesamten Betriebes erfolgen. Der von der Arbeiterschaft bekämpfte Schiedsspruch brachte den aber 21 Jahre alten Angehörigen der Belegschaft eine Zulage von 8 Mk pro Tag.

— * Kirchliches. Die Abendandachten in der Klosterkirche beginnen von jetzt ab 1/8 Uhr. (Siehe die Kirchennachrichten.)

— * Zur Abgabe der Elbschiffe. In Hamburg finden in diesen Tagen zwischen der deutschen und tschechoslowakischen Delegation Beratungen über die Abgabe auf dem Elbkloster statt. Bei den Verhandlungen, die am Montag begonnen haben, handelt es sich um die noch aufstehenden 28000 Tonnen Schiffsräume.

— * Nach der neuen Fernsprechnordnung gilt bei Ortsgesprächverbindungen die Leistung der Telegraphenverwaltung als auszuführen, wenn der Anruf des Anrufenden mit der verlangten Hauptstelle verbunden ist und diese oder eine daran angeschlossene Nebenstelle den Anruf beantwortet hat. Bei Ferngesprächverbindungen gilt die Leistung der Telegraphenverwaltung erst dann als ausgeführt, wenn nach Bereitstellung der verlangten Verbindung die beiden beteiligten Hauptstellen — des Anrufenden und des Angerufenen — oder eines an diese Hauptstellen angeschlossene Nebenstelle den Anruf beantwortet haben. Von diesem Zeitpunkt an ist eine Zurückziehung der Gesprächsanmeldung nicht mehr zulässig. Beinhaltet es einer der Beteiligten ab, in ein Gespräch einzutreten, so wird die Gebühr für ein Dreiminutengespräch der bestellten Gattung erhoben. Kommt ein Ferngespräch deshalb nicht zustande, weil der Anruf des Anrufenden am Ursprungs- und am Bestimmungsort oder an einem von ihnen nicht beantwortet wird, obwohl die Anschlüsse betriebsfähig sind, so wird als Vergütung für die Inanspruchnahme der Fernleitung und für nutzlose Betriebsarbeit ein Fünftel der Gebühr für ein Dreiminutengespräch der bestellten Gattung erhoben. Bei Gesprächen auf Entfernungen von nicht mehr als 15 Kilometern und im Vororts- und Bezirksverkehr wird diese Vergütung nicht berechnet.

— * Die Reichspost führt Verbesserungen ein. Den Klagen über das schlechte Papier bei Wochentagen und Telegrammformularen will die Reichspost abhelfen, indem sie für künftige Lieferungen besseres Papier verwenden will. Das jetzige Papier ist für Tinte kaum benutzbar.

— * Der Landesauschuß des sächsischen Handwerkes hat für das Bäder- und Konotorgewerbe bei den zuständigen Landes- und Reichsbehörden um eine Umstellung geringfügiger Vergaben gegen die alte Festsetzung der neuen Reichsgetreideordnung verstanden, nachgeschickt. In der Eingabe wurde darauf hingewiesen, daß sich das Bäder- und Konotorgewerbe in einer großen Notlage befindet, da einerseits der Zusammenbruch der Zwangswirtschaft allgemein bekannt war und auch von den zuständigen Behörden durchaus anerkannt wurde, und andererseits niemand mit der ihm zugewiesenen Preis- bzw. Extraktion auskam. Namentlich bei der in den industriellen Betrieben tätigen Bevölkerung war ein Auskommen nach den Feststellungen aller angewiesenen Kreise vollständig ausgeschlossen. Nachgewiesenermaßen handelten die gewerblichen Betriebsinhaber in keinem Falle aus Gewinnsucht, sondern lediglich die Notlage und das Verantwortlichkeitsgefühl für eine unzureichende Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigen Lebensmitteln und nicht selten auch das dauernde Bestürmen von Seiten der Kundenschaft beunruhigte sie, gegen die in Wirklichkeit nur auf dem Papier stehenden Vorschriften zu verstoßen. Die betr. Gewerbeempfänger es deshalb als außerordentlich hart und ungerecht, wenn für derartige in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründete geringfügige Vergaben hohe Freiheits- und Geldstrafen nachträglich noch verhängt werden, umso mehr, als für politische Vergaben weitgehende Rücksicht geboten wird. — Erzeuger und Verbraucher. Die landwirtschaftliche Genossenschaft der Kreisbauernschaft

haben in einer Versammlung in wasser Dutzungen geschlossen, in welcher Weise ein möglichst intensives Zusammenarbeiten der landwirtschaftlichen Genossenschaften mit den Verbraucher-Organisationen, anzubahnen sei. Als ein recht erfreuliches Ergebnis dieser Versammlung ist zu verzeichnen, daß sämtliche Anwesende sich bereit erklärten, daß von landwirtschaftlicher Seite nichts unversucht gelassen werden solle, den Wünschen der Verbraucher nach möglichst direkter Zuführung der hauptsächlichsten Lebensmittel entgegenzukommen. Nach langen Beratungen wurde eine Entschliessung, aus der folgendes hervorgehoben sei, angenommen: 1. Wir erklären uns geschlossen bereit, unsere Erzeugnisse an Brotgetreide, Speisekartoffeln und Wollereiprodukten in erster Linie für die Ernährung der sächsischen Verbraucher zur Verfügung zu stellen. — 2. Wir werden voraussetzungsweise die Verbrauchervereinigungen beisteuern und es sollen dabei die Richtlinien befolgt werden, die die beiderseitigen Spitzenorganisationen der Erzeuger und Verbraucher bereits festgelegt haben. — 3. Die Preisfestsetzung erfolgt durch eine beim Landesbureau für eingetragene Preisnotierungskommission, deren Bildung in der von Vertretern der Erzeuger des Handels, der Verbraucher, Genossenschaften, Kriegsbefähigten und Erwerbslosen unter Vorsitz des sächsischen Wirtschaftsministeriums am 8. Juni 1921 abgehaltenen Versammlung beschlossen worden ist. — 4. Voraussetzung für die reibungslose Durchführung der in den Absätzen 1—4 ausgeführten Entschliessungen ist: a) daß die landwirtschaftlichen Betriebe nicht durch gewaltsame Eingriffe irgendwelcher Art gehindert werden und a) daß die landwirtschaftlichen Betriebe nicht durch gewaltsame Unterlassungen, welche unsere genossenschaftlichen Bestrebungen gefährden müßten. Wir beweisen hierfür auf das Vorgehen einzelner Amtshauptmannschaften, welche auch in letzter Zeit sich hartnäckig gewiegert haben, die landwirtschaftlichen Genossenschaften in die angestrebte Organisation einzuführen.

— * Die Deutschnationalen Sachsen gegen die Verordnung des Reichspräsidenten und die Erklärung der sächsischen Regierung. Der Vorstand des Landesverbandes der Deutschnationalen Volkspartei in Sachsen und die deutschnationale Fraktion des sächsischen Landtags haben am Donnerstag, den 8. September in einer gemeinsamen Sitzung einstimmig folgende Erklärung beschlossen: „Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. August 1921 stellt sich insbesondere in ihrer einschneidenden Anwendung auf die Reichsparteien, als eine verfassungswidrige Maßnahme dar. Die Deutschnationale Volkspartei verlangt die Aufhebung dieser Verordnung, zumal nachdem der Reichskanzler Barth in der letzten Unterredung mit dem Staatsminister Bergt selbst keine Unterlagen dafür vorlegen konnte, daß die Deutschnationale Volkspartei jemals zu Verfassungswidrigkeiten, Gewalttaten oder Ungehorsam gegen die Verfassung aufgefordert oder aufgehetzt hat und zumal heute feststeht, daß durch die Verordnung und die anschließenden Reben des Reichskanzlers die Kultur in unserem Volke in unheilvoller Weise vergrößert worden ist. In Sachsen hat die Erklärung der Regierung vom 2. 9. 21 die Lage noch verschärft. Die bereits ergangenen zahlreichen Verordnungen von Verhaftungen und Regimentsleuten haben dargetan, daß es sich um eine unerträgliche Ausnahmebestimmung gegen die gesamte nichtsozialistische Bevölkerung handelt. Wenn die sächsische Regierung von einem die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdenden Verhalten antirepublikanischer und konterrevolutionärer Kreise spricht, so tut sie das, ohne den Schatten eines Beweises hierfür erbringen zu können. Die weiter von der Regierung aufgestellte beweislose Behauptung, daß in reaktionären Kreisen die Kultur vergrößert werde, ist eine unerhörte Beleidigung der gesamten nichtsozialdemokratischen Presse. Die sächsische Regierung hat unter der unbeschränkten Führung von drei unabhängigen Ministern, deren Partei in ihrem Aktionsprogramm gewisse Maßnahmen zur Erreichung ihrer Ziele vorsieht. Zu diesem gewaltsamen Vorgehen hat sich noch vor wenigen Tagen der Unterrichtsminister Heßner bekannt. Eine solche Regierung, deren Mitglieder auf eine gewaltsame Beseitigung der von ihnen selbst geschaffenen Verfassung politisch hinarbeiten, hat das Recht verweigert, andersgestimmte Bevölkerungsteile verfassungswidriger Bestrebungen zu beschuldigen. Die sächsische Regierung versucht durch ihre Erklärung die allen Staatsbürgern zugesicherten Rechte in unzulässiger Weise zu beschränken; sie will trotz der klaren Bestimmung in Artikel 130 der Reichsverfassung unseren Beamten, deren Pflichttreue im Dienste des Staates, deren Achtung vor den bestehenden Gesetzen von keiner Seite mit Erfolg angezweifelt werden kann, zu Dienern einer Partei oder einer bestimmten politischen Richtung herabzuwürdigen. Die Deutschnationale Volkspartei wird nie ein Hehl daraus machen, daß die gegenwärtige Regierung und die gegenwärtige Regierungsform auf verfassungsmäßigem Wege geändert werden müssen. Bei dem Bemühen, unserem sächsischen Volke Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu verschaffen, wird sich aber die Deutschnationale Volkspartei nicht von dem Wege abdrängen lassen, auf die Achtung vor dem Gesetz und dem Recht gebietet zu werden. Die Deutschnationale Volkspartei verlangt die sofortige Herstellung des verfassungsmäßigen Zustandes, die Gewährleistung der in der Reichsverfassung mehrfach festgelegten Freiheit der politischen Meinung, sowie der politischen Betätigung für alle Staatsbürger, Schutz aller Staatsbürger vor terroristischen Gewalttaten unter Anwendung der staatlichen Machtmittel.“

— * Rein staatsanwaltschaftliches Verfahren gegen die D. R. V. H. Aus dem Justizministerium wird gemeldet: In verschiedenen Lagerzeitungen ist mitgeteilt worden, es sei ein im Juni eingeleitetes staatsanwaltschaftliches Verfahren gegen die Deutschnationale Volkspartei und gegen die Organisation „Sachsen auf Veranlassung des neuen Justizministers Dr. Heigener wieder aufgenommen worden. Diese Mitteilung entspricht in dieser Form nicht den Tatsachen. Es handelt sich um das Ermittlungsverfahren gegen den Major a. D. Helm, den Hauptmann a. D. Reinhold von der Orgel und den Dr. Kuerbs, sämtlich in Dresden, Herr Helm und Herr Kuerbs haben im Juni 1921 gefändnisfähig militärischen Verbänden Mannschaften angeführt. Es fragt sich, ob sie damit gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 24. Mai 1921 verstoßen haben. Die staatsanwaltschaftliche Vernehmung gegen die Beschuldigten eingeleitet, weil nicht zurückzuweisen sei, daß sie den schließlichen Demarchus für eine von der Reichsregierung mindestens stillschweigend anerkannte Organisation gehalten hätten. Der Justizminister Dr. Harnisch hatte am 5. Juli 1921 die Nachprüfung dieses Einstellungsbeschlusses angeordnet. Das ist bis zum 7. September unterblieben. An diesem Tage hat Dr. Heigener von sich aus die Nachprüfung vorgenommen, insbesondere in der Richtung, daß ein Verstoß gegen die Bekanntmachung der Reichsregierung vom 24. Juni 1921 betreffend Auflösung der Organisation vorliegt. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen. Von einem Ermittlungsverfahren gegen die Deutschnationale Volkspartei als solcher, von dem z. B. eine Dresdener Korrespondenz berichtet, ist im Justizministerium nichts bekannt.

— * Großenhain. Auf dem Wochenmarkt am Sonntag stellten sich die Preise wie folgt: Äpfel, das Hund 1,00—2,80 Mark; Solanbeeren, das Hund 0,80 bis 1 Mark; Birnen, das Hund 0,80—1,50 Mark; Bohnen, grüne, das Hund 2 Mark; Butter, das Stückchen 15 Mark; Eier, das Stück 1,80—1,70 Mark; Gurken, grüne, blaue

das Stüd 0,50—1,50 Mark, laure (aus), das Stüd 70 Wg. bis 1,20 Mark; Erdbeere, geräuchert, das Stüd 1,50 Mark; Büdinge, das Stüd 1,50 Mark; Karotten, junge, das Stüd 70 Wg.; Kartoffeln, neue, das Stüd 70—75 Wg.; Rohrrohr, jung, der Kopf 20—50 Wg.; Rottkraut, dieses, das Stüd 1,50 Mark; Weißkraut, dieses, das Stüd 80 Wg.; Weißkraut, das Stüd 80 Wg.; Möhren, das Stüd 70 Wg.; Pflanzen, das Stüd 2 Mark; Kabischen, das Stüd 25 Wg.; Kettliche Samara, das Stüd 5—20 Wg.; Kabischen, das Stüd 50 Wg.; Salat, dieses, die Staube 25—35 Wg.; Seelachs s. R., das Stüd 0,40 Mark; Rottkraut s. R., das Stüd 0,60 Mark; Sellerie, das Stüd 0,80—1,50 Mark; Tomaten, das Stüd 2—3 Mark; Weintrauben, dieses, das Stüd 6—7 Mark; Zwiebeln, das Stüd 1 Mark, die Reihe 4 Mark.

Dresden. In Gegenwart des Ministerpräsidenten, der Minister Pfeiffer und Jellisch sowie des Oberbürgermeisters Müller und anderer Vertretungen der Stadt- und städtischen Behörden und zahlreicher Ehren- und Gäste fand Sonntag vormittags 10 Uhr im Rappellaal des Ausstellungspalastes die Eröffnung der Herbstausstellung 1921 statt. Vorstandsdirektor Doctat Bouda begrüßte die Ehrengäste und gab ein Bild über die Entwicklung und den Zweck der Ausstellung. Ministerpräsident Bredt und Oberbürgermeister Müller sprachen sich in anerkennenden Worten über das Gelingen aus und wünschten der Ausstellung nach allen Richtungen den besten Erfolg.

Dresden. Edmund Balbow, seit seinem Eintritt in den Ruhestand am 1. Oktober 1918 Vorstand des Hofbauamtes im Finanzministerium, ist gestorben. Von seinem Nachlass gehen viele hervorragende Gebäude Dresdens und in vielen Landestellen Sachien. So sind unter seiner Leitung entstanden die Gebäude im Dresdner Botanischen Garten, die Ministerialgebäude des Innen-, des Kultus- und der Justiz am rechten Ufer, der viel bewunderte Umbau des Bühnenhauses der Dresdner Oper und das Kurhaus in Bad Elster.

Wilsdruff. Hier fielen bei der Elternratswahl auf die christliche Liste 245, auf die weltliche Liste 254 Stimmen. Die Vertreter der konfessionellen Schule haben demnach 5, die der weltlichen 4 Sitze im Elternrat.

Königsstein. Am Donnerstag nachmittags kürzten zwei junge Kletterer von der „Barbarine“ ab und wurden schwer verletzt. Einer von ihnen, namens Strobel, ist bereits gestorben.

Leipzig. Ein schweres Bauunfall ereignete sich auf dem Bauplatz des mitteldeutschen Braunkohlenbunkers in der Nähe des Stadtbades. Dort war eine Anzahl von Arbeitern mit der Aufstellung eines Ständerbühnen beschäftigt, das bereits eine Höhe von 18 Metern erreicht hatte, als plötzlich unter großem Geräusch die schweren Balken nachgaben und das ganze Gerüst vornüber auf die Straße stürzte. Die Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben. Der schnell herbeieilenden Feuerwehr gelang es, sämtliche Verletzten zu bergen. Ein Maurer und zwei Zimmerleute hatten schwere Verletzungen davongetragen, die die sofortige Ueberführung in das städtische Krankenhaus notwendig machten. Die Oberleitung der Straßenbahn wurde ernstlich, jedoch der Straßenbahnverkehr gestört wurde. Das Unglück ist durch einen Wirbelwind entstanden, der sich in dem hohen Gerüst verfangen hatte.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Das Ergebnis der diesjährigen Ernte. Nach einem Bericht in der Statistischen Korrespondenz über den Saatenertrag in Preußen Anfang September 1921 werden sich die gesamten Erntemengen für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer und Getreide im Vergleich mit dem Vorjahr stellen, also 22,1 v. H. mehr als im Vorjahr. Gerste, Hafer und Getreide bringen jedoch nur 4,51 gegen 4,78 Millionen Tonnen des Vorjahres, also 5,8 v. H. weniger. Trotz der Niederschläge im August haben sich die Aussichten für eine ausreichende Kartoffelernte nicht gebessert. Hier und da wird allerdings auch in Gegenden mit geringen Niederschlägen noch eine Mittelernte erwartet. Ueber die übrigen Hauptfrüchte in den einzelnen Gegenden lauten die Nachrichten meist ähnlich wie über Kartoffeln. Schädlinge treten nur vereinzelt auf. Von Futterpflanzen und Wiesen bringen nur die tiegeligenen feuchten oder genügend verteilten Pläne einen leiblichen zweiten Schnitt.

Frankreich.

Eine Interpellation. Wie „Leit Parisien“ meldet, hat der Abgeordnete Broussé dem Ministerpräsidenten Briand mitgeteilt, daß er ihn beim Wiederzusammentritt der Kammer interpellieren werde: „über die Gefahr, in die Frankreich und die in Spanien und Marokko lebenden französischen Bürger durch den Feldzug gebracht würden, den die antispanische spanische Militärpartei führt“.

England.

Ein bemerkenswerter Beschluß. Der Gewerkschaftskongress in Cardiff hat mit überwältigender Mehrheit einen Antrag abgelehnt, daß im Falle eines industriellen Konfliktes der Einfluß der Arbeiterkraft zusammengefaßt werden sollte, um einen erfolgreichen Ausgang sicher zu stellen.

Was 100 000 Arbeitslose schaffen könnten. Auf dem Gewerkschaftskongress in Cardiff hat der Vorsitzende mitgeteilt, daß im Baugewerbe in England 100 000 Arbeiter arbeitslos sind, und daß diese Arbeitslosen etwa 40 000 Häuser jährlich bauen könnten.

Ungland.

Die Bekämpfung der Hungernot. Nach einer Meldung der „Information“ aus Algier soll in einer der letzten Sitz-

ungen des Gemeinderats in Algier, der mehrere ausländische Journalisten beizog, Kamenoff erklärt haben, daß die Sowjetregierung einen entscheidenden Sieg in dem Kampfe gegen den Hunger davon getragen habe. 10 Millionen Pfund Getreide seien den Hungernden schon geliefert worden und dieses Ergebnis sei nach Ansicht Kamenoffs die beste Antwort an die europäische Bourgeoisie, die bereits auf den Sturz der Sowjetmacht gerechnet hatte. Durch Beseitigung der Hungernot durch die Sowjetregierung sei deren Macht vielmehr befestigt worden. Trotski hob in seiner Rede hervor, daß die Sowjetregierung alles mögliche tue, um die normalen Beziehungen zwischen Rußland und Europa wiederherzustellen, aber alle diese Versuche stießen auf die Interventionenpolitik Frankreichs.

Neue Verschönerungen. „Berlingske Tidende“ wird aus Kopenhagen telegraphiert: Jede Sendung von Zeitungen aus Rußland enthält Berichte über neue Verschönerungen gegen das Sowjetregime. Die neuesten Zeitungen berichten, daß in der Obkreskotte eine neue Verschönerung entdeckt wurde. 400 Offiziere wurden verhaftet und nach Kopenhagen übergeführt. Eine Offiziersverschwörung wurde auch in Riew entdeckt. Hier wurden 180 Personen verhaftet. Schließlich wurden in Moskau 150 Personen festgenommen, die mit dem kürzlich aufgelösten russischen Militärkomitee in Verbindung standen.

Marokko.

Wahnen der Operationen der Spanier. Wie „Journal“ aus San Sebastian meldet, sind in der Nacht vom 9. zum 10. d. M. drei spanische Kolonnen von Melilla aufgebrochen und haben gegen 2 Uhr nachmittags die Vorküste der Marokken erreicht. Bisher weiß man nur, daß die Marokken erbitterten Widerstand leisten.

Schließung des Klante-Konzerns.

Klante verhaftet.

Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet, ist der Vorsitzende des Klante-Konzerns Klante, der sich wegen angeblichen Vermögensverlusts in ein Sanatorium begeben hatte, gestern dort verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis Moabit eingeliefert worden. Die bisherigen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft haben ergeben, daß der Klante-Konzern eine Unterbilanz von mindestens 60 Millionen Mark hat. Der Konzern ist nunmehr von der Staatsanwaltschaft geschlossen worden. Es werden wohl auch im Laufe des heutigen Tages die übrigen dem Klante-Konzern gehörenden Unternehmungen von der Staatsanwaltschaft geschlossen werden. Der Konkurs soll heute eröffnet werden.

Ein neuer Zusammenbruch in Dresden.

Am Sonntag hat auch der Konzern Stern, der seine Generalvertretung in Dresden (Generalvertreter Fuchs auf der Steinstraße) hatte, den Konkurs angemeldet. Am Sonntagabend waren größere Zahlungen fällig, doch war, wie der Generalvertreter für Dresden erklärte, die Kassa des Inhabers, Lange-Berlin, die mit dem fällig gewordenen Gelde aus Berlin nach Dresden kommen sollte, nicht eingetroffen. Unerbittlich war bereits in Berlin der Konkurs angemeldet worden. In Dresden konnten 40 000 Mark bares Geld und mehrere Mobilien beschlagnahmt werden, die von dem eingezahlten Gelde angekauft worden waren.

Schweres Eisenbahnunglück bei Lyon.

Aus Lyon wird gemeldet: Der Schnellzug Straßburg—Lyon ist einige Kilometer vor Lyon entgleist, während er mit einer Stundengeschwindigkeit von 80 Kilometern fuhr. Drei Wagen dritter Klasse und ein Postwagen wurden umgeworfen. Nach einer Dopelmeldung ist das Eisenbahnunglück unweit von Lyon darauf zurückzuführen, daß der Zug den Bahndamm mit zu großer Geschwindigkeit passierte. Bis Sonntag mittag waren 32 Tote und 60 Verwundete geborgen.

Bermischtes.

Schwere Explosion auf „U-Deutschland“. Aus Liverpool wird gemeldet: Eine gewaltige Explosion hat an Bord des ehemaligen deutschen U-Bootes „Deutschland“ stattgefunden. Man zählt drei Tote und drei Verwundete.

Schadenfeuer. Am Sonntag mittag entstand in den Speichern der Expeditionfirma Venus & Rotbenken am Lehrter Bahnhof in Berlin ein gewaltiges Feuer. Die Schuppen brannten bis auf die Umfassungsmauern vollständig nieder. Große Vorräte von Schmalz und Seife sind vernichtet worden. Der Schaden beläuft sich auf drei Millionen Mark.

Große Heberschwemmungen in Texas. Aus San Antonio (Texas) wird gemeldet: Infolge starker Regengüsse wurde in letzter Nacht das Geschäftsviertel überflutet. Mehrere Straßen wurden 15 Fuß hoch überflutet. Man schätzt die Zahl der Toten auf 600, von denen bisher nur 23 geborgen wurden. 3000 Menschen sind obdachlos. Die Fluten sind jetzt teilweise zurückgegangen.

Die Streichhölzer-Spielbank im Kokosnussbain von Sam Rat Co. Unter diesem Titel erzählt ein englischer Reisender Frederick O'Brien in einem soeben erschienenen Buch „Welche Schatten in der Südsee“ eine ebenso lustige wie bezeichnende Geschichte von seinem Aufenthalt auf den Marquesas-Inseln, wo er ein glückliches Jahr unter den freundlichen Menschenfressern des Kuonatales auf der Insel Ploa-ca verbrachte. Diese Wilden, die

war ganz offensichtlich der französischen Herrschaft unterworfen sind und noch im reinen Naturzustand leben, wurden nämlich plötzlich mit einer Ertragskraft der Kultur beglückt, die heute im zivilisierten Gesellschaftlichen eine nicht unwichtige Rolle spielt: nämlich mit einer Spielbank. Ein Mann aus Tahiti namens O Balala kam nämlich zu dem Gouverneur der Insel. „Er war klein“, erzählt der Besucher, „und sah ziemlich spitzbühlig aus; seine lauten braunen Augen blühten listig. Obwohl er lahm war, war er doch sehr bewußt, und er erbat sich die Erlaubnis, zwei Spiele Karten mitzubringen und seine Nachbarn „das Spiel von Potere“ zu lehren. Der Gouverneur gestattete dies unter der Erlaubnis, daß nicht um Geld gespielt würde. „Wir werden nur Streichhölzer als Zahlungsmittel benutzen“, erklärte O Balala harmlos und erging sich in den abschwächendsten Dankesworten.“ Spät am Abend erwachte O'Brien durch ein dumpfes Gemurmel von vielen Stimmen, und als er dem Geräusch nachging, fand er die ganze eingeborene Bevölkerung in einem Kokosnussbain versammelt um O Balala, der die aufstrebende Naturfänger in die Geheimnisse des Pokers einweilte. Es wurde nur um Streichhölzer gespielt, aber da sich der Gouverneur von Kuonata bald eine große Leidenschaft bemächtigte, so waren Streichhölzer ein sehr begehrter und hochbezahlter Artikel. In der Abwesenheit des Gouverneurs blühte nun die Spielbank immer mehr auf, und schließlich war es so weit, daß das letzte Streichholz, das es auf den Marquesas-Inseln gab, in den Besitz des betriebsamen O Balala übergegangen war, der nun das vollständige Monopol über alles Licht und alles Kochen besaß. Sein außerordentliches Glück ist aus der Tatsache zu erklären, daß das Poker nach den von ihm den andern beibrachten Regeln gespielt wurde. O Balala verkaufte nun Streichhölzer nur zu den ungeheueren Preisen und brachte das ganze Land in seine Abhängigkeit, bis schließlich ein Erreiter in der Gestalt eines gewissen Rahitti auftrat, der seine Gefährten daran erinnerte, wie sie Feuer gemacht hätten. Er rief zwei Stübe des Ploa-cas aneinander und erzeugte so rasch eine schöne Flamme. Nun sah O Balala mit all seinen Streichhölzern da und hatte nichts von seinem Glück beim Poker, sondern der zurückkehrende Gouverneur ließ ihn als „lästigen Ausländer“ aus dem Paradies von Kuonata ab.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 12. September 1921.

Die thüringischen Landtagswahlen.

* Weimar. In Thüringen haben am gestrigen Sonntag die Wahlen zum thüringischen Landtag stattgefunden. Die Wahlbeteiligung war sehr schwach. Soweit bis in später Nachtstunden Ergebnisse vorliegen, haben die Deutsch-nationalen erheblich an Stimmen verloren. Die Deutsche Volkspartei kehrt schärfert in den Landtag zurück. Ebenfalls haben die Sozialdemokraten an Stimmen und Mandaten gewonnen. Die Unabhängigen und Kommunisten wurden von den Sozialdemokraten Stimmen abgeben. Der Einbruch aus den Wahlen ist entscheidend und wird durch Ergebnisse aus dem Lande nur noch nach rechts forciert werden können. Der Gesamtindruck bleibt befehen. Die Deutsche Volkspartei und die Sozialdemokraten gewinnen und die Demokraten haben sich der Angriffe von rechts und links gut zu wehren gesucht.

* Erfurt. Von den bisher vorliegenden Wahl-ergebnissen für den thüringischen Landtag verteilen sich die abgegebenen Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 67 Prozent wie folgt: Kommunisten 14 561, U. V. D. 28 622, S. V. D. 24 788, Demokraten 11 701, Volkspartei 39 072, Deutsch-nationale 14 691, Zentrum 1432, Landbund 630.

Streik der Berliner Elektrizitätsarbeiter.

* Berlin. Wegen des Streiks der Elektrizitätsarbeiter können die Berliner Zeitungen nicht erscheinen. Auch die Volkschen Ausgaben können nicht gedruckt werden.

Familien drama.

* Borsdorf. In dem Orte Springen erschlug der im Anfang der 30er Jahre stehende Goldarbeiter Karl Grau seine Schwester und seine Mutter nach einem Familienstreit mit einem Beil und ließ sich selbst von einem Buge überfahren.

Einfluss einer Brücke.

* Paris. Nach einer Meldung des „Newport Herald“ aus Chester (Wenigpolanien) sind infolge des Einsturzes der Brücke über den Uckerfluh hundert Personen ins Wasser gefallen. 25 von ihnen wurden als Leichen geborgen.

Heute eine Sitzung des Völkerverbandsrats.

* Paris. Dem „Leit Parisien“ zufolge wird der Völkerverbandsrat heute zusammentreten und sehr wahrscheinlich zur obersten Frage Stellung nehmen.

Ein aufregender Zwischenfall auf hoher See.

* Newport. Auf dem amerikanischen Dampfer „George Washington“ ereignete sich am letzten Freitag auf hoher See ein Auffsehen erregender Zwischenfall. Ein Passagier der 1. Klasse wurde plötzlich wahnsinnig. Er erschoss seinen Kajütengefährten, verwundete einen anderen und tötete schließlich seinem Leben durch einen Schuß in den Mund ein Ziel.

Der Amerikaner Anoz in Plymouth.

* Paris. Dem Morgenblättern zufolge ist der amerikanische Senator Anoz an Bord des Dampfers George Washington in Plymouth angekommen.

Bekanntmachung.

Die Belegschaft des Martinwerkes hat ohne Verhandlung willkürlich die Arbeit niedergelegt. Der Weiterbetrieb des Eisenwerkes ist dadurch unmöglich geworden. Wir sind zu unserem großen Bedauern genötigt, heute um 2 Uhr den Betrieb des gesamten Werkes einzustellen.

Eisenwerk Riesa, den 12. September 1921.

Aktiengesellschaft Lauchhammer

Abteilung Stahl- und Walzwerk Riesa.

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Heute letzter Tag: „CABIRIA“ — Der Kampf um die Wethererrschaft.
Dienstag bis Donnerstag, den 15. September, das gr. Doppelprogramm

Die Nächte des Cornelis Brouwer.

In der Hauptrolle Albert Bassermann.
Ferner: Der Riesenbrand der gr. Oper (Schmetterlingsgeschicksal).
Voraustrage! Ab Freitag: „Goliath Grundstrom“

Der Herkules der schwarzen Berge.

6 Abteilungen. — 36 Akte. —
Um gütigen Zuspruch bittet die Vorführerin Anna Bach.

Münchritz: Zentral-Lichtspiele.
Donnerstag, den 15., und Freitag, den 16. Septbr.:
Großes Doppelprogramm **Bräuerstürme**
Mittelwestdrama in 4 Akten, sowie „Der Erbe von Skaldingsholm“, Drama in einem Vorspiel und 3 Akten von Lo Bergner. Selma Gauke.

Bahnhof Weißig.
Mittwoch, den 14. September, 7.30 Uhr abends
großes Konzert und Ball.

Hauptstraße **Kammer-Lichtspiele** Hauptstraße
— Nur noch heute! „Das Spiel mit dem Feuer“ —
Ab morgen Dienstag bis Freitag: Der große Schlager
Die Diktatur der Liebe
I. Teil: Die böse Lust.
In der Hauptrolle: Ester Carens. Sitten- und Liebeskomödie in 6 Akten.
Kasse geöffnet von 7 bis 9 Uhr.
Um gütigen Zuspruch bittet der Besitzer.

Verkäuferinnen

für die Abteilungen Manufaktur, Kurzwaren, Wäsche und Damen-Konfektion, sowie Lehrmädchen stelle unter günstigen Bedingungen per sofort, spätestens 1. Oktober ein.
Persönliche Vorstellung erbeten.
Albert Tropfowitz Nachf. Niesä.

Hotel Höpfner.

Dienstag, den 13. September, 7.30 Uhr abends
Orchester-Konzert mit daraufflg. BALL.
Leitung: J. Gimmter, Obermusikmeister a. D.
Eintritt 2.— Mark. — Ergebenst ladet ein W. Höpfner.

Gründlichen Klavierunterricht

erteilt konservatorisch geb. Dame. Dasselbst können Klavier-spielende Herrschaften in einigen Stunden Weichheits- und andere Vortragsskizze erlernen. Ang. unter K M 7635 an das Tageblatt Niesä.

Ein frische Margarine eingetroffen
Waggon Fabrik-lager Dampfbad

Margarine

nur erstklassige Marken, empfiehlt in Originalkisten an Fabrikpreisen
S. Grühle, Bismarckstr. 35a. Telefon 652.

Vereinsnachrichten

V. f. S. Niesä e. V. Mittwoch Vorstandssitzung u. Spiel-ausschuss 7 Uhr (Gold. Löwe) Freitag Spielerverlam-mung (Karpfen) 7.30 Uhr.
Turnverein Niesä. Sonntag Schauturnen auf dem Turn-platz. 2 Uhr Abmarsch vom Wettiner Hof. Abends Fußball im Stern.
Niesäer Sportverein e. V. Dienstag 7.30 Spiel-ausschuss. 8.30 Vorstandssitzung. Mittwoch 8.30 Mitgliederver-sammlung Schlachthof. Dinterher gefelliges Beisammen-sein. Weitere Veranstaltungen siehe Vereinszeitung. —
Ausbang Partii.
Spielvereinigung e. V. Morgen Vorstands- u. Spiel-ausschuss. Mittwoch 7.30. Freitag Spiel-ausschuss. 8.30. Verein Gröba u. Weißig. Niesä. Morgen Dienstag abends 7.30 Uhr Monatsversammlung im Restaurant Schlachthof. Zahlreiches Erscheinen erbeten.
Stadtklub „Fidel“. Ja. Statist., welche gewählt sind, einem Stadtklub beizutreten, werden gebeten, Mittwoch abends im Rest. Goldner Löwe zu erscheinen.

Curt Modler
Margarete Modler geb. Pohle
Vermählte
Riesa Dresden-A.
12. September 1921.

Statt Karten.
Für die uns anlässlich unserer Vermählung in so reichem Maße dargebrachten Glückwünsche und schönen Geschenke, sowie für die herrlichen Blumenpenden sagen wir — zugleich im Namen unserer Eltern — herzlichsten Dank.
Kurt Rehwinkel und Frau
Nachtel geb. Richter.
Neugröba/Leipzig-Gohlis,
12. September 1921.

Wer erteilt jung Kaufmann Privatunterricht in Violine?
Nur von ersten Kräften Off. erbeten unter J M 7634 an das Tageblatt Niesä.

2 junge Mädchen im Alter von 22 und 19 Jahren wünschen die Bekanntschaft 2 sol. u. anst. Herren (Nicht-tänzer bevorzugt) zwecks spä. Heirat.
Offerten unter L M 7636 an das Tageblatt Niesä.

Wiesmarkensammlungen auch einzelne alte Marken, kauft zu hohem Preis
Schöber, Bismarckstr. 35a. Schönberger Str. 122.

Abbruch.

Gebäude, auch ganze Betriebe jeder Größe, zum Abbruch gegen Kasse zu kaufen gesucht. Auch Vermittlung angenehm. Angebote unter A 3614 an Ala-Dankstein & Vogler, Chemnitz erb.

Ingenieur-Akademie Wismar

an der Ostsee
f. Arch.-u. Bauingenieurwesen, Maschinenbau u. Elektro-Ing.

Gehrock-Anzüge Cutaway-Anzüge werden vertiebt
Hauptstr. 28, 2. Reinhold.

Bruchkranke können ohne Operation und Berufsstörung geheilt werden
Sprechstunde in Dresden, bei Paul, Büttchauerstr. 26, am 16. Septbr., von 9—1 Uhr.
Dr. med. Knopf, Spezialarzt für Bruchleiden.

Drainierrohre

in bester Ware, hartgebrannt, sind vorrätig.
Eugen Hüsemann
Sont Carl & Gustav Darfort Fabrik Altenbach bei Wurzen.

Zur Saat

Orig. Friedrichswerder W.-Gerste
„Potkuser Roggen“
Himmels Champagner-Roggen
I. Abs. Ciewener Weizen 104
empfiehlt
H. Großer, Zschandau, Zilline Sordani.

Vertreter

2. Besuch der Kolonialwarenhandl. von bekannter Schuhcremfabrik sofort gesucht. Offerten unter M M 7637a an das Tageblatt Niesä.

Hafer

kaufen **Riebeck & Co.,** Wettiner Str. 26, Fernsprecher 23.

Achtung!

Den geehrten Herren Fleischermeistern von Niesä und Umgebung zeige ergebenst an, daß am Dienstag früh, den 13. 9. 21, ein größerer Posten

Bakonyer Schweine

in Niesä (Schlachthof) zum Verkauf stehen.
Hochachtungsvoll Bruno Schneider, Niesä.

Gardinen

in Seide in Wolle in Madras
empfiehlt äußerst preiswert

Arthur Bindig, Polstermöbel

Bismarckstr. 37 — Telefon 713.

Neueste Formen für
Unpreßhüte in Filz und Velour sowie
Färben in modernen Farben.
Niesäer Damenhutlager
Wettinerstraße 19 (Laden).

Wieder eingetroffen:
Oberhemden Nr. 40
Männer-Barchent-Oberden 47 M., Frauen-Barchent-Oberden 34 M., Bettbezug m. 2 Kissen, 142 M., Barchent-betttücher 33 und 44 Mark.
M. Schwartz,
Goethestr. 74.
Mittagsstisch, einf. Kost, wenn mögl. Vegetar. gesucht. Ang. u. N M 7635 an das Tagbl. Niesä.

All den lieben Mitmenschen, die uns in den schweren Tagen durch Taten und Worte den schweren Verlust unserer teuren Etschlafenen mit tragen halfen, sagen wir nur hierdurch unsern innigsten Dank.
Im Namen aller trauernden Hinterbliebenen
Neu-Gröba, 12. 9. 1921.
Otto Vogel.

Den 3. Band von **Bismard, Gedanken und Erinnerungen**
Liefert sofort nach Erscheinen für 24.— Mark. Band III Volksausgabe für 28.— M.
E. Stehle, Buchhandlg., Bismarckstr. 35a.

Brikettausgabe für Stadt
Mittwoch, 14. Sept., norm. von 7 bis 11 Uhr auf alle Nummern 3. Selbstabholen.

H. Kern
Elbstraße 2. Telefon 837.
Nordstern
Shag-Tabak
50 Gramm-Paket 2.75
100 Gramm-Paket 5.50
Wettinerstr. 20. Fehre.

Pflanzen.

Suche einige Waggon gesunde Pflanzen zu kaufen bei Selbstabnahme und erbitte über die Offerte. S a a g, Hotel Deutsches Haus, Niesä.

Pöcklinge

treffen von heute ab täglich frisch ein u. empfl. bittenweise
H. Grühle
Bismarckstr. 35a. Telefon 652.

Bratheringe Rollmöpfe Bismardheringe Kronfardinen Delfardinen
empfiehlt billigst nur dosenweise

H. Grühle
Bismarckstr. 35a. Telefon 652.
Morgen früh frisch eintreffend
ff. Schellfisch ff. Kabeljau ff. Seelachs ff. Goldbarsch.

Clemens Bürger.
Morgen früh frisch eintreffend
Schellfisch und Seelachs.
Ernst Schäfer Nachf.

Schellfisch
Dienstag früh frisch.
Carl Jigner, Gröba, Otto Jigner, Röderau.



Monatsversammlung
Dienstag, d. 13. d. M., abends 8 Uhr im Vereinslokal Wettiner Hof. Sehr wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Kameraden erwünscht.
Der Vorstand.

Die heutige Nr. umfasst 6 Seiten.

Der bayerische Ministerpräsident v. Kahr zurückgetreten.

Die Vorschläge des ständigen Ausschusses des bayerischen Landtages.

Sonnabend nachmittag wurde in München die Sitzung des ständigen Ausschusses eröffnet, der sich mit dem Konflikt zwischen Bayern und dem Reich beschäftigte. Der Vorsitzende, Abgeordneter Feld, erinnerte an die Verordnung des Reichspräsidenten, durch welche ein Ausnahmezustand im ganzen Deutschen Reich geschaffen wurde. Diese Verordnung ist auch auf Bayern erlassen worden, obwohl Bayern seinen eigenen Ausnahmezustand gekündigt hat. Der Vorsitzende schilderte die Entwicklung der hieraus zwischen dem Reich und Bayern entstandenen Krise. Die bayerische Regierung müsse die Verantwortung für diese Entwicklung übernehmen. Abgeordneter Feld legte zum Schluss seiner Rede dar, welche Vorschläge der Reichsregierung im wesentlichen gemacht wurden und bemerkte, er wolle nicht verkennen, daß es für die Reichsregierung nicht leicht war, nachdem sie den ersten Schritt getan hatte, wieder zurückzugeben. Das Reich trage die Schuld und müsse auf den Weg des Kompromisses zurückkehren. Dann sprachen die Redner sämtlicher Fraktionen, worauf die Sitzung auf 9 Uhr abends vertagt wurde.

Am Sonnabend um 11 1/2 Uhr nachts wurde die Sitzung des ständigen Ausschusses fortgesetzt, nachdem die Vertreter der Koalitionsparteien vorher zu einer Besprechung zusammengetreten waren und vorher auch ein Ministerkabinet tagungsbereit war, der nahezu 8 Stunden dauerte. Der Vorsitzende, Abg. Feld, unterbreitete die auf Grund der Stellungnahme der Koalitionsparteien gemachten Vorschläge.

dem Ausschusse. Diese beziehen sich auf die Veränderung des Verordnungsartikels in den Paragraphen 4 und 7. Hierzu wurde folgende Fassung des § 4 vorgeschlagen: „Ständig für Verbote nach § 1 und 3 und für Beschlagnahmen nach § 2 sind die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen. Der Reichsminister des Innern kann die Landeszentralbehörden um den Auspruch eines Verbotes oder einer Beschlagnahme ersuchen. Der letzte Satz dieses ursprünglichen § 4 soll dahin geändert werden: „Obwohl die Landeszentralbehörden dem Ersuchen nicht entsprechen zu können, so kann der Reichsminister des Innern den Reichspräsidenten anrufen. Im § 7 soll der Absatz 1 Satz 2 folgendermaßen lauten: Die Beschlüsse sind bei der Landeszentralbehörde einzureichen, die sie, falls sie ihr nicht abhelft, unverzüglich dem Obersten Gericht des Landes zur Entscheidung vorlegt.“

Die Einleitung zu den Gegenentwürfen soll lauten: Die bayerische Staatsregierung hat sich mit den Verhandlungen in Berlin befaßt. Sie ist dazu in der Lage, den Vorschlägen der Reichsregierung, wenn die Polizeibehörde der Länder wieder hergestellt wird und wenn die §§ 4 und 7 die obige Fassung erhalten. Weiter wird folgende Schlussbemerkung vorgeschlagen: „Unter der Voraussetzung, daß die Reichsregierung den Wünschen der bayerischen Regierung entspricht, erklärt sich diese bereit, der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern zuzustimmen.“

Ein Antrag Wackermaier (N. S. P. D.), die Schlussbemerkung dahin zu fassen, daß unter dieser Voraussetzung die bayerische Staatsregierung mit Inkrafttreten der Reichsverordnung den Ausnahmezustand von sich aus aufheben wird, wurde abgelehnt. Darauf wurde die neue Fassung der §§ 4 und 7 nach längerer Aussprache bei Stimmenthaltung der sozialistischen Fraktion angenommen. Bei der Abstimmung über Einleitung und Schlusswort des Gegenentwurfes enthielt sich auch die Fraktion der bayerischen Mittelpartei (Deutschnational) der Stimme, da sie die Auffassung vertrat, daß es der Regierung zukommt, zunächst ihrerseits Vorschläge zu machen.

Die Staatsregierung wurde beauftragt, sobald zu den Beschlüssen des Ausschusses Stellung zu nehmen.

Die Regierung wünscht die Aufhebung eines Ausnahmezustandes.

Aus München wird weiter gemeldet: Nachdem Sonntag vormittag neuerdings eine Ministerratssitzung und eine Sitzung der Führer der Koalitionsparteien stattgefunden hatte, trat mittags der ständige Ausschuss wieder zu einer Sitzung zusammen. Ministerpräsident v. Kahr war zu der Sitzung nicht erschienen. Im Vertretung Staatssekretär Dr. Schöcher. Vorsitzender Abgeordneter Feld erklärte bei Beginn der Sitzung, daß nach einer an ihn gelangten Mitteilung sich der Ministerrat mit dem am Sonnabend formulierten Vorschläge des Ausschusses einverstanden erklärt habe, mit Ausnahme des „Schlussparagrafen“, den er modifiziert zu sehen wünsche. Der Ministerrat stehe auf dem Standpunkte, daß gegenwärtig, wo man nicht wisse, wie die Haltung in Franken sich entwickle, wo in der Öffentlichkeit behauptet werde, daß ein oder der anderen Seite beständiger Ausschüsse, die Staatsregierung nicht in der Lage sei, für eine sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes einzutreten. Er sei aber bereit, dies zu tun, sobald sich zeige, daß diese Gefahren nicht vorhanden seien und wünsche deshalb, den „Schlussparagrafen“ anzufügen: „Sobald die Verhältnisse es erlauben“. Vorsitzender Abgeordneter Feld knüpfte an diese Mitteilung die Bekanntgabe seiner persönlichen Auffassung. Die Regierung befinde sich in einer außerordentlich schwierigen Lage. Die Vorgänge in Franken könnten von einer verantwortlichen Regierung nicht übersehen werden. Er persönlich sei geneigt, den Regierungsvorschlag anzunehmen und zu versuchen, auf Grund dieses Vorschlags mit der Reichsregierung zu einem Einverständnis zu kommen. Abgeordneter Dr. Ditz gab namens der Demokraten eine Erklärung ab, die es als zweckmäßig bezeichnet, daß die bayerische Staatsregierung aus eigener Entscheidung die Aufhebung des jetzigen Ausnahmezustandes in Bayern bewirke, wenn durch eine verbesserte Reichsverordnung eine neue Grundlage für die Handhabung des Ausnahmezustandes gegeben werde. Die Regelung, die der Ausschuss vorschlägt, dürfte durchaus den berechtigten Wünschen der Regierung entsprechen. Bei einer Formulierung, wie sie die Regierung wünsche, könnte der Eindruck hervorgerufen werden, als ob man von der bisherigen Linie des Beständigkeitswillens abgehen möchte. Er bitte die Regierung, den Zusatz fallen zu lassen.

Abgeordneter Dr. Gilbert (Bayer. Mittelpartei) erklärte u. a., daß seine Partei infolge verschiedener Vorläufigkeiten sich vorbehalten müsse, am Ausnahmezustand solange festzuhalten, bis die Regierung in der Lage sei, ihn aus freiem, eigenem Entschluß aufzuheben. Er bitte den Ausschuss bringend, sich hinter den Beschluss des Ministerrates zu stellen.

Abgeordneter Sängler (Sozialdemokrat) betonte, daß die Erklärung der Regierung in direktem, unlösbarem Widerspruch zu dem steht, was Vorsitzender Feld gestern gesagt habe. Das Vertrauen seiner Partei habe sich als durchaus gerechtfertigt erwiesen. Es bleibe Tatsache, daß der Ausnahmezustand in Bayern nur gegen links, niemals gegen rechts angewandt würde. Darum wolle auch die Regierung, daß er weiter bestehe. Die Folgen des Exzesses habe die Regierung zu tragen und die Parteien, die hinter ihr stehen und ihre unverantwortliche Politik unterstützen.

Abgeordneter Rieckh (N. S. P. D.) äußerte, daß Vorgehen der Koalitionsparteien und der bayerischen Regierung grenze nahe an Reichshochverrat. Die ganze bayerische Geschichte sei eine ständige Rebellion gegen den Reichsgedanken. Wenn Bestrebungen auftreten, auf gesetzlichem Wege unter Umständen die Abtrennung Frankens zu erreichen, so sei das nur die Antwort auf das reichsverleumdende Verhalten der bayerischen Regierung. Seine Partei hoffe, daß die Reichsregierung fest bleibe und der bayerischen Regierung keinen Schritt mehr entgegenkomme.

Abgeordneter Eved (Bayer. Volkspartei) erklärte in längerer Ausführungen, wenn es zum Konflikt mit dem Reich komme, dann sei Bayern zweifellos im Hintertreffen gegenüber den verfassungsmäßigen Rechten, die der Reichsregierung zustehen. Er halte es daher für sehr gefährlich, die Sache auf die Spitze zu treiben, wo das Reich alle Trümmer in der Hand habe. Im Reichstag haben wir in der Frage des Ausnahmezustandes keine Aussicht, daß wir eine Berücksichtigung unserer Wünsche erfahren. In diesem Falle würden wir nicht nur die Vorteile der geltend vorgeschlagenen Abmachungen verlieren, sondern es bestände die große Gefahr, daß dann vom Reich einfach tabula rasa gemacht würde. Alle Bestrengungen müssen zurücktreten angesichts der überaus schwierigen Lage. Es gibt keinen anderen Ausweg, als auf den Boden des Abkommens zu treten und alles zu unterlassen, was im Reichstag und bei der Reichsregierung den Eindruck erwecken könnte, daß wir auf Umwegen etwas erreichen wollen. Wir müssen uns auf den Boden der Reichsverfassung stellen, wenn wir uns nicht dem Vorwurf des Verfassungsbruches aussetzen wollen.

Abgeordneter Dr. Wohlmuß (Bayer. Volkspartei) hatte eine andere Auffassung, als sein Fraktionskollege Eved. Er meinte, daß die Reichsregierung auch noch andere Pflichten habe, als sich auf das formale Recht zu stützen. Sie sollte auch sorgen, daß die Reichsverfassung im Lande erhalten bleibe. Kahr stelle im Hinblick an seine Regierung einen Antrag auf Vertagung der Sitzung.

Nach weiterer Debatte, in der u. a. der Vertreter des Bayerischen Abgeordneter Stöckel sich namens seiner Fraktion für die Annahme der gestern formulierten Erklärung und für Ablehnung des Regierungsvorschlages ausgesprochen hatte, wurde der Antrag Wohlmuß auf Vertagung abgelehnt, ebenso der Antrag der Regierung, letzterer gegen die Stimmen der bayerischen Mittelpartei und eines Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei.

Der Rücktritt v. Kahrs.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich aus München: Nach den Beschlüssen des ständigen Ausschusses der Reichsregierung gegenüber der Reichsregierung bereit erklären, der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern näher zu treten, wenn die Verordnung des Reichspräsidenten über die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern dem Reichspräsidenten vorgelegt wird. Die bayerische Regierung hat Sonntag bei dem ständigen Ausschuss die noch den Zusatz beantragt, daß der Aufhebung des Ausnahmezustandes dann näherzutreten werden soll, wenn die Verhältnisse es gestatten. Dieser Zusatz ist in der Sonntagsfassung vom ständigen Ausschuss mit Mehrheit beschlossen worden. Deshalb tritt Ministerpräsident v. Kahr und Justizminister Dr. Roth zurück. Der Ministerrat wird Montag vormittag zusammenkommen.

Verhaftung des unabhängigen bayerischen Abgeordneten Fischer.

Es verlautet in München, daß in der vorletzten Nacht der Abgeordnete Fischer (N. S. P. D.) wegen hochverrätherischer Unternehmungen im Zusammenhang mit den separatistischen Bestrebungen der Lotharinger von Nordbayern verhaftet worden ist.

Eine Rede des französischen Kriegsministers.

Bei der in Meaux veranstalteten Fester zur Erinnerung an den Sieg an der Marne hielt Kriegsminister Barthou eine Rede, in der er u. a. sagte: Der Sieg hat Frankreich Maß-Lotharingen zurückgegeben. Es beansprucht keine anderen Gebiete und es will nur die Ausführung der feierlichen Versprechen, mit denen sein Vorkriegsstand und seine Sicherheit vertuscht ist. Barthou richtete dann heftige Angriffe gegen das „Imperialistische Deutschland“ und fuhr fort, es gebe vielleicht noch ein anderes Deutschland, das erklärt, von demokratischen Gefühlen befreit zu sein und behauptet, in sich den alten militärischen Geist wieder zu haben. Es wäre ungerecht und ungeschickt, nicht anzuerkennen, daß die deutsche Regierung, an ihrer Spitze Reichsminister Dr. Wirth, Beweise eines guten Willens gegeben habe, aber die deutsche Regierung könne zweifellos nicht alles, was sie will. Frankreich habe den Pariser Friedensvertrag ausgeführt, Deutschland muß den Versailler Friedensvertrag ausführen. Deutschland Demokratie, wenn sie mit und weiter den Weg einer lokalen und dauernden Annäherung verfolgt, dem Hindernisse entgegenstellen wie weit entfernt sind, muß beweisen, was sie ist und wohin sie geht.

Die Washingtoner Konferenz.

Neuer meldet aus Washington: Auf Anfragen im Weißen Hause, ob die Möglichkeit bestehe, daß ein neuer Völkerbund sich aus der bevorstehenden Washingtoner Konferenz entwickle, wurde mit der Feststellung geantwortet, daß die Washingtoner Konferenz selbst „Nationen in Gemeinschaft“ (nations in association) darstelle. Es wurde hinzugefügt, Präsident Harding wünsche nicht, auf der bevorstehenden Konferenz durch zu viele außerhalb stehende Fragen Bemerkung her-

vorzurufen. Bei der amtlichen Bekanntgabe der Namen der amerikanischen Delegierten wurde betont, daß die Vollmachtfragen lediglich der Hauptkonferenz, Großbritannien, den Vereinigten Staaten, Frankreich, Italien und Japan überlassen würden. Es wurde auch festgestellt, daß die amerikanische Delegation an der Hauptkonferenz nur bei Beratung von Fragen des Fernen Ostens teilnehmen werde. In ähnlicher Weise sollen die Delegierten Belgiens, Hollands und anderer Nationen Sitze auf der Konferenz erhalten, wenn ihre Interessen im Fernen Osten berührt werden. Es wurde hervorgehoben, daß die Konferenz nicht Delegierten aller Nationen offen stehen werde, da, wie erklärt wurde, dies die Arbeit der Konferenz hindern und nach Washington Vertreter von Ländern bringen würde, die bei Entscheidungen über die Begrenzung der Kriegsverpflichtungen nicht lebenswichtige Faktoren sein könnten. Die amerikanischen Delegierten werden keine Vollmachten haben. Bei jeder Vereinbarung, die sie eingehen, werden sie die Genehmigung der Regierung nachsuchen müssen. Die amerikanischen beratenden Körperlichen werden Vertreter der amerikanischen Presse, der Arbeiterschaft und anderer amerikanischer Gruppen umfassen, die an den Vollmachtfragen besonders interessiert sind.

Zur Aufhebung der Zeitungsverbote.

D. T. U. meldet aus Berlin: In der ganzen Presse wird mit Rücksicht auf die Aufhebung der Zeitungsverbote durch den Ausschuss des Reichspräsidenten die Stellung des Reichsministers der Justiz innerhalb des Reichskabinetts als erschlüsselt bezeichnet. Diese Rücksicht ist durchaus unzutreffend. Denn Zeitungsverbote beruhen auf einer von der Reichsregierung als solche getroffenen Entscheidung, die vom Reichsminister des Innern gemäß seiner verfassungsmäßigen Zuständigkeit ausgeführt worden ist. Den Reichsminister der Justiz trifft in der Angelegenheit nur die Verantwortung, die er mit allen Mitgliedern der Reichsregierung teilt.

Wiedereröffnen kommunistischer Zeitungen.

Zwischen dem Reichsminister des Innern und Vertretern der kommunistischen Partei hat am Sonnabend eine Besprechung stattgefunden. Auf Grund der von der kommunistischen Reichstagsfraktion abgegebenen Erklärung hat der Reichsminister des Innern das Verbot über die Blätter in Frankfurt/Main, Kassel, Halle und Breslau aufgehoben.

Die oberste Frage im Völkerbundsrat.

Aus Genf wird gemeldet: Seit dem Zusammentritt der Völkerbundsversammlung sind in Genf keine amtlichen Mitteilungen mehr über die Verhandlungen in der obersten Frage vom Völkerbund ausgegeben worden. Diese Mitteilung ist notwendig im Hinblick auf gewisse Meldungen der ausländischen Presse über die Sitzungen des Vizeerrates, an den der Völkerbund vorläufig diese Frage überwiesen hat. Tatsächlich haben auch die Teilnehmer an diesen Sitzungen keinerlei ermächtigte öffentliche Erklärungen abgegeben. Die Sitzungen werden geheim abgehalten und dürften, soviel man bis jetzt erfährt, nur vorbereitenden Charakter haben.

Die englisch-irische Konferenz.

Neuer meldet aus London: Starke Gründe sprechen für die Annahme, daß das irische Kabinet sich bereits entschieden hat, die Einladung der Regierung zu einer Konferenz anzunehmen. Die Antwort werde wahrscheinlich vor Mittwoch übermittelt werden.

Donners Londoner Verhandlungen.

Die Pariser Blätter melden, daß Doumer und Cornu in London hauptsächlich die Wichtigkeit der Saarbergwerke und die englischen Verhältnisse besprochen haben. Man hofft, daß die Frage noch vor Triants Abreise nach Amerika gelöst sein wird.

Allgemeiner Legitarbeiterstreik in Nordfrankreich.

Die Besprechungen zwischen den Parteien im Streik in der Legitindustrie in Nordfrankreich haben zu keinem Erfolg geführt. Vom Aktionsausschuss wurde ein Manifest aufgestellt, worin die Arbeiter für Montag zu einem allgemeinen Streik aufgefordert werden. Vor allem werden die Eisenbahnen aufgeföhrt, keine Truppen zu transportieren. Der französische Arbeitsminister ist gebeten worden, vermittelnd einzugreifen.

Die ungarische Frage.

In einer Unterredung zwischen den Mitgliedern der Generalmission und dem österreichischen Bundeskanzler Schober, die gestern in Langen an der ungarischen Grenze stattfand, wurde die durch die Jurisdiction des österreichischen Gendarmerie geschaffene Lage eingehend erörtert. Der Bundeskanzler legte großes Gewicht auf die schwierige Durchführung der Friedensbedingungen durch eine vollkommene Räumung des Burgenlandes, verlangte aber andererseits der gegenwärtigen Lage die notwendige Sicherung der alten österreichischen Grenze. Er erhielt in dieser Richtung bestimmte Zusicherungen. Die Generalmission hat zum Schutze des Landes von Wienerneufstadt und der Kohlenbergwerke der Gemeinde Wien eine Sicherungszone festgelegt. Sie hat erklärt, daß durch die Jurisdiction der Gendarmerie durch Österreich das Burgenland in keiner Weise berührt werden könne.

Die „Journal des Debats“ meldet, hat die Vorkonferenz dem ungarischen Parlament in Paris eine Note über die Lage in den westlichen Komitaten überreicht. Die Note stellt fest, daß die von Vanden und Clementen der regulären ungarischen Truppen beengenen Gemalotie der Budapestiner Regierung voll zur Verantwortung fallen. Diese wird deshalb aufgefordert, unverzüglich die in Frage kommenden Gebiete zu räumen. Sollte diese Räumung nicht in absehbarer Frist erfolgen, hat die ungarische Regierung in ihrer Haltung verharren, dann würden für die Sicherstellung der Ausführung des Friedensvertrages von Trianon Sanktionen verhängt werden.

